

Zitat des Tages

Wir müssen einsehen, dass wir uns diese Asylopolitik nicht mehr leisten können.

Wolfgang Schäuble (CDU), Ex-Schwarze-Kassen-Wart, Exaußenminister und Exbundestagspräsident, forderte in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit *Zeit online* »ein einheitliches europäisches« Sozialleistungsniveau gegen Migration

Sachsen: Versuchter Anschlag auf Unterkunft

Dresden. In Dresden haben Unbekannte versucht, eine geplante Unterkunft für Geflüchtete zu verhindern. Wie die Polizei am Sonnabend mitteilte, kletterten sie in der Nacht zum Sonnabend über einen Zaun einer leerstehenden ehemaligen Schule im Ortsteil Klotzsche. Demnach schütteten sie an der Fassade eine brennbare Flüssigkeit aus und legten eine Zündschnur bis zum Zaun. Das Feuer sei dann aber erloschen. (AFP/fW)

Sachsen-Anhalt: Schulze bleibt CDU-Chef

Magdeburg. Sven Schulze ist als Landesvorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt wiedergewählt worden. Ein Parteitag in Magdeburg bestätigte den 44-jährigen am Sonnabend mit 74,2 Prozent der Stimmen. 147 Delegierte votierten für Schulze, 51 gegen ihn. Vor zwei Jahren hatte er 76,9 Prozent Zustimmung erhalten. Schulze ist Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten. (dpa/fW)

NRW: Linke-Abgeordnete erklären Austritt

Bochum. Drei Mitglieder der Bochumer Stadtfraktion von Die Linke haben am Freitag ihren Austritt aus Partei und Fraktion bekanntgegeben. In der Erklärung, die *junge Welt* vorliegt, teilen Mehrban Özdoğan, Gültaze Aksevi und Mehtap Yıldırım mit, dass sie die »Fehlentwicklungen« der Parteispitze »als nicht mehr korrigierbar« ansehen. Die Linke-Spitze habe sich »mit ihrer Politik weit vom Programm entfernt«. Die drei kritisieren, dass die Parteiführung die Sanktionspolitik der Ampel miträge, Waffenlieferungen an die Ukraine fördere und den »pluralistischen Charakter der Linken« aufgegeben habe. Sie kündigten die Gründung einer neuen Fraktion namens »Frieden, Arbeit und soziale Gerechtigkeit« an. (fW)

■ Siehe Seite 8

MeR-Newsletter 4/2023

Der neue MeR-Newsletter erscheint am 4. Oktober 2023.

Jetzt kostenlos bestellen! *
melodieundrhythmus.com/newsletter

* Wer bis Mittwoch, 4. Oktober, 13 Uhr den Newsletter abonniert, erhält noch am Mittwoch den aktuellen gratis zugeschickt!

Melodie & Rhythmus
MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR

Shutdown für Stalag 326

Nordrhein-Westfalen: CDU legt mit Stimmen von AfD in Ostwestfalen Gedenkstätte für Kriegsgefangene der Nazis lahm. **Von Henning von Stoltzenberg**

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen: In die finanzpolitische Blockade einer Gedenkstätte für Ehren Hunderttausender sowjetischer Kriegsgefangener der Nazis hat sich die Bundesregierung eingeschaltet. Kulturstaaatsministerin Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) wollte das Aus für die Gedenkstätte Stalag 326 in Ostwestfalen verhindern, wie sie am Sonntag mitteilte. Sie kritisierte das Nein des Gütersloher Kreistages zur weiteren Finanzierung und kündigte an, mit den Landes- und kommunalpolitisch Verantwortlichen ein »klärendes Gespräch« zu suchen.

Bereits seit dem 25. September ist die Gedenkstätte in Stukenbrock bis auf weiteres geschlossen, wie deren Förderverein vergangene Woche bekanntgab. An jenem Montag hatte der Kreistag mit den Stimmen von CDU und AfD die weitere Beteiligung an den Betriebskosten abgelehnt. Die werden auf jährlich rund vier Millionen Euro beziffert und sollten unter mehreren Kreisen in Ostwestfalen sowie den Städten Bielefeld und Schloss Holte-Stukenbrock aufgeteilt werden. Zu Beginn der vergangenen Woche hatte die Gütersloher Kreistagsfraktion der CDU einen Zuschuss von 400.000 Euro verweigert und sich damit gegen den eigenen Landrat Sven-Georg Adenauer gestellt. Gegen die eingebrachte Verwaltungsvorlage stimmten letztlich CDU, die Freien Wähler (FWG/UWG) und die AfD. Sie erreichten dadurch eine Mehrheit von 36 zu 33 Stimmen.

Der seit den neunziger Jahren bestehende Förderverein der Gedenkstätte wolle nun in Ruhe die Lage sondieren und über die Konsequenzen des Kreistagsbeschlusses nachdenken, wie der Vorstand gegenüber dem *Westfalenblatt* erklärte. Es gelte zu prüfen, ob der Gedenkort überhaupt noch weiter in Betrieb bleiben könne. Die Jubiläumfeier »30 Jahre Förderverein« am 21. Oktober werde jedenfalls nicht stattfinden. In der jetzigen Situation sei

keinem zum Feiern zumute. Geplant war ursprünglich, die relativ kleine bestehende Gedenkstätte deutlich auszubauen. Der Bundestag hatte für das 60 Millionen Euro teure Vorhaben bereits 25 Millionen Euro zugesagt. Das Land sollte den Rest zuschießen. Nach der

schaffts-Stammeslager«. Der Förderverein sprach in seiner Erklärung von einem schwarzen Tag für die Erinnerungskultur und die demokratische Bildungsarbeit in NRW und speziell im Kreis Ostwestfalen. Gerade in der jetzigen Zeit sei es für die Demokratiebildung bei wachsendem

gebe es aber auch nicht zum Nulltarif, kontierte der Gedenkstättenförderverein. Eine finanzielle Verpflichtung wolle man für nachfolgende Generationen nicht eingehen, heißt es in der von Ernst unterzeichneten Antragsbegründung. Vertreter der SPD-Fraktion im Kreis-



Zukunft ungewiss: Gedenktafel für von den Nazis getötete sowjetische Kriegsgefangene (Schloss Holte-Stukenbrock, 8.10.2020)

Abstimmung im Kreistag liegen diese Pläne jedoch auf Eis. Die finanzielle Zuwendung von Bund und Land war daran geknüpft, dass sich der Kreis mit besagten 400.000 Euro an den Betriebskosten beteilige.

Auf dem Gelände des ehemaligen riesigen Lagers in Schloss Holte-Stukenbrock ist die Gedenkstätte unter anderem den mehr als 300.000 sowjetischen Kriegsgefangenen gewidmet, die dort interniert waren. Die Abkürzung »Stalag« steht für »Kriegsgefangenen-Mann-

»Rechtspopulismus« besonders wichtig, über die Nazis mit ihrer mörderischen Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen aufzuklären und vor den Gefahren für die Demokratie zu warnen, heißt es dort weiter.

CDU-Fraktionschefin Birgit Ernst soll Berichten zufolge in der Kreistagsitzung gesagt haben, dass man Gedenken nicht kaufen könne. Politisch-historische Bildung und die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Stalag 326 sowie der Nachkriegszeit

tag bezeichneten das Ergebnis der Abstimmung laut *WDR* als »erbärmlich«. Die Grünen verwiesen demnach darauf, dass noch bis Jahresende Zeit sei, andere Geldgeber zu finden.

Trotzdem gebe es immer noch einen Funken Hoffnung für dieses Projekt, erklärte Florian Baumann für die Linke-Kreistagsgruppe. Da auch der CDU-Antrag abgelehnt worden sei, habe es keine eindeutige Entscheidung gegeben, und er erwarte, dass das Thema auch zukünftig noch auf der Tagesordnung stehe.

Nur eine Ursache

Hamburg: Tagung diskutiert 100 Jahre nach Arbeiteraufstand zeitgemäße Kampfformen

Eine rote Fahne mit dem Konterfei von Arbeiterführer Ernst Thälmann sieht man in Hamburg auf Konferenzen selten. Im Bürgerhaus Wilhelmsburg gehörte sie am Sonnabend zur Saaldekoration. Dort wurde die Frage gestellt: »Wo bleibt der Aufstand?« Thälmann war einer der Anführer des von der KPD im Oktober 1923 geführten »Hamburger Aufstands«, dessen 100. Jahrestag Anlass der vom Kulturzentrum »Lüttje Lüüd« organisierten Tagung war. Und 500 Linke aus der ganzen Republik waren ins Bürgerhaus gekommen, in der großen Mehrheit junge Leute. »Das hat unsere Erwartungen übertroffen«, erklärte Halil Simsek, einer der Organisatoren, am Rande der Konferenz gegenüber *junge Welt*. Dass sich so viele versammelt hätten, um brennende Fragen der Bewegung zu debattieren, habe ein »besonderes kollektives Moment« ergeben.

Bereits das erste Podium zum Thema »Von der DDR lernen?« sorgte für rege Diskussionen. Die Referenten Roland Zschächner, jW-Autor und aktiv beim

Ostjournal, und Max Rodermond von der Internationalen Forschungsstelle DDR arbeiteten überwiegend die positiven, hierzulande gern verschwiegenen Seiten des sozialistischen Staates heraus, was diverse Nachfragen provozierte. In den vier anschließenden Workshops setzten die Teilnehmer sich intensiv mit den Themen Krieg und Kultur, Feminismus, Klimafrage und Antifaschismus auseinander, immer aus der Klassenperspektive.

Absolute Highlights am Nachmittag waren die Vorträge zur »Frage der revolutionären Strategie«. Bertrand Sasso, ehemaliger Aktivist der belgischen Celles Communistes Combattantes (CCC), einer in den 1980ern aktiven militanten Gruppe, referierte über Aufstandsstrategien in urbanen Sektoren. Er plädierte dafür, den Aufstand nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben, sondern ihn etwa mittels militanter Aktionen quasi vorzuempfinden und so auch eine Reibungsfläche mit dem Staat zu erzeugen. Nicht weniger spannend waren die Ausführungen eines internationalistischen Aktivistin,

der vor allem über den Selbstverwaltungswiderstand in Nordkurdistan berichtete.

Nach so viel geballtem Input war das Podium am Abend dank der ebenso substantiellen wie unterhaltsamen Beiträge ein guter Abschluss des Tages. Auf die Frage von Moderator Simsek, wie die Podiumsteilnehmer die Verfasstheit der Gesellschaft einschätzten, erwiderte etwa die Aktivistin Sara vom Hamburger Info- und Kulturzentrum »Lüttje Lüüd«, die Lage sei »richtig mies«, und nannte die Stichworte Krieg, Krise, Klima, Reproduktion. Für »all die Scheiße« gebe es nur eine Ursache, so Sara: das kapitalistische System. Flo von Dekay vom Podcast »Kommunistenkneipe« hob hervor, ihn erschrecken vor allem »dieser ungläubliche Bellizismus, diese Kriegsbegeisterung«, die sich in der jüngeren Vergangenheit breitgemacht hätten.

Der Hamburger Rapper »Disarstar« beantwortete die Frage, ob die Lage in den letzten Jahren besser oder schlechter geworden sei, mit einem »Sowohls-als-auch«. Einerseits sei »alles sehr

wiel unübersichtlicher geworden«, andererseits habe sich auch manches verbessert, etwa im Umgang mit Minderheiten. Der Musiker konstatierte, die radikale Linke habe die richtigen Fragen und die richtigen Antworten, bringe diese aber nicht gut an den Mann und die Frau. Das liege auch an den »kleinteiligen Grabenkämpfen« in der Bewegung. Die Linke müsse lernen, »populistischer zu formulieren«. Es reiche nicht, »im Elfenbeinturm zu sitzen und sich einen darauf runterzuholen, wie schlau man ist«, sagte Disarstar.

Die Aktivistin Lena Gröbe wies darauf hin, dass es durchaus auch inhaltliche Differenzen zwischen linken Gruppen gebe, über die gesprochen werden müsse. Die Vertreterin des »Lüttje Lüüd« betonte dagegen, nur gemeinsam könne es die Linke schaffen, kollektiven Widerstand zu organisieren. Die Frage, ob aus den Trümmern der im Niedergang befindlichen Partei Die Linke so etwas wie ein revolutionäres Projekt entstehen könne, wurde von allen Podiumsteilnehmern verneint.

Kristian Stemmler, Hamburg